

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Kostenlose Online-Uni für Flüchtlinge und Asylsuchende

GR. **Luttenberger** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Unlängst wurde weltweit der „Weltflüchtlingstag“ begangen. Laut UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR waren mit Ende 2015 rd. 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Der Zugang zum Arbeitsmarkt bleibt aktuell diesen Menschen verwehrt, ebenso aber auch der zur Arbeit an der eigenen Zukunft durch Ausbildung.

Aufhorchen lässt nun eine US-amerikanische Initiative, durch kostenlose Online-Unikurse für Menschen mit bestimmten Qualifikationen etwas positiv zu ändern. Das Kursportal „Coursera“ der Stanford University bietet in Zusammenarbeit mit dem US-Außenministerium virtuelle Universitätskurse für Flüchtende und Asylsuchende an. Flüchtende Menschen, Hilfsorganisationen rund um die Welt können sich mit dem Programm „Coursera for Refugees“ anmelden und bekommen damit gratis Zugang zu den angebotenen Kursen, den nötigen Prüfungen und allen anderen nötigen Schritten bis zu einem Zertifikat/Diplom.

Auf diesem Portal sind neben Studienangeboten aus Stanford und anderen bekannten US-amerikanischen Bildungseinrichtungen auch viele andere Spitzenuniversitäten dabei, darunter zahlreiche aus Asien, aber auch aus elf europäischen Ländern, z. B. NE, GB und F., jedoch leider (noch) keine österreichischen Unis. Vor allem die Bereiche Wirtschaft und EDV sind stark vertreten; bieten sie doch am ehesten „landesunabhängige“ Bildungsinhalte. Dabei geht es auch um Sprachbarrieren, die

etwa bei Kursen über verschiedene Programmiersprachen noch am geringsten sind. Allerdings bleiben sehr gute Englischkenntnisse eine wichtige Voraussetzung.

Dass solche Internetkursmaßnahmen kein Angebot an die Massen sind, ist einleuchtend. Es geht aber ebenso um den Erwerb und Ausbau „wichtiger Fähigkeiten“, die in einer globalisierten Welt hilfreich sind.

Der Vorteil dieser Initiative ist beidseitig. Unis, FHs steigern ihr Renommee und (höher)qualifizierte geflüchtete und asylsuchende Menschen haben die Möglichkeit, „auf Augenhöhe“ mit allen anderen Studenten zu lernen und genau gleiche Zertifikate zu erwerben. Dass solche Initiativen Kosten verursachen (laut Coursera zw. 200 und 500 Euro pro Kurs), soll nicht verschwiegen werden. Jene Flüchtlinge, die vor allem die Sprachbarriere überwinden können, haben große Chancen, einen guten beruflichen Ein- und Aufstieg zu finden.

Es ist leider sehr bedauerlich, dass in Österreich, einem der reichsten Länder weltweit mit einer großen Anzahl qualifizierter Asylsuchender, eigene Initiativen oder eine Zusammenarbeit mit „Coursera for Refugees“ fehlen. Graz als „die“ Universitätsstadt sollte hier künftig eine Vorreiterrolle spielen.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, mit den diversen Grazer Rektoraten unserer Unis und Fachhochschulen Kontakt aufzunehmen mit dem Ziel, die Einrichtung kostenloser Online-Unis nach USA-Vorbild für Flüchtende und Asylsuchende in Graz zu erreichen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Behördenführer für KMU

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Events wie die laufende Fußball-EM sind natürlich auch für die Grazer Gastronomie gewichtige Gelegenheiten, um nicht nur das eigene Stammpublikum bei Laune und der Stange zu halten, sondern nach Möglichkeit auch zusätzliche KundInnen zu gewinnen, indem solche Veranstaltungen etwa im Schanigarten bzw. Außenbereich eines Cafés, Beisels oder Standls gezeigt werden können. Denn klar ist auch: So treu sind die wenigsten, dass sie nicht – wenn gerade ein Highlight im TV gezeigt wird – notfalls zur Konkurrenz ein paar Ecken weiter wechseln, wenn sie dort zu sehen bekommen, was ihnen hier mangels TV-Apparat verweigert wird.

Allerdings: Wer viel fragt, kann sich leicht im Behördenlabyrinth verirren – und weiß dann auch in der dritten Halbzeit immer noch nicht, wie er es anstellen hätte sollen, die beiden ersten Halbzeiten seinen BesucherInnen zu zeigen. So geschehen jedenfalls dieser Tage einem Grazer Standler – und es ist davon auszugehen, dass er kein Einzelfall ist.

Sein nachvollziehbarer Plan: Er wollte seinen Gästen im Außenbereich mit einem TV-Gerät die Übertragungen der Fußball EM zeigen. Und korrekt, wie er – fast ist man geneigt zu sagen, dummerweise – ist, wollte er das „behördlich genehmigt“ durchführen, was zu einer Odyssee ohne zufriedenstellendem Ende führte: Im

Straßenamt erklärte man sich als nicht zuständig, weil er nach den Buchstaben des Gesetzes keine Betriebsstätte hätte; vom Marktamt, an das er weitergereicht wurde, bekam er als erste Reaktion grünes Licht – um kurz darauf erfahren zu müssen, dass es doch nicht so einfach wäre – das Zeigen der Übertragung müsste als Veranstaltung gemeldet werden. Aber: Wäre die Übertragung als Veranstaltung gemeldet, müsste wiederum um 23 Uhr auf jeden Fall Schluss sein. Was aber wiederum auch kontraproduktiv wäre: Mitten in einer Verlängerung oder einem Elferschießen das Gerät abzdrehen, obwohl der Stand selbst noch lange nicht Sperrstunde hat, wäre kontraproduktiv und würde bei Gästen sicher nicht auf Wohlgefallen stoßen.

Der langen Geschichte trauriges Ende: Der Standler ließ es bleiben, verliert seine Gäste in Übertragungszeiten dorthin, wo sie die Spiele sehen können – und hofft auf bzw. fürchtet die nächsten vergleichbaren Events, die da kommen werden: Die Fußball-WM, die Olympiade in Rio, den nächsten Eurovisions Song Contest, oder was auch immer im TV gezeigt wird.

Ein Beispiel, das sicher kein Einzelfall ist: Es kommt leider immer wieder vor, dass kleinere Gewerbetreibende, Gastronomen, Standler mit Fragestellungen und Anliegen zwischen Zuständigkeiten scheitern, da ihre Themen Abteilungen nicht klar zuzuordnen sind, verschiedene Ämter berühren, manchmal sogar andere Gebietskörperschaften betreffen können. Aber gerade weil es auch die KMU sind, die das Flair unserer Stadt ausmachen, die Wirtschaftsmotoren sind, wäre es wünschenswert, sie in solchen Fragestellungen besonders zu unterstützen, indem man für sie kompetente, zentrale Anlaufstellen schafft, die ihnen bei Fragen nach Was, Wie, Wer, Wo, Warum, Wann & Co. besonders unter die Arme greifen – gleichsam als Behörden- und Wirtschaftsführer.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz die zuständigen Stellen der Stadt Graz zu veranlassen, unter Einbeziehung der Wirtschaftskammer Überlegungen anzustellen, wie gemäß Motivenbericht der Informationsfluss für KMU insofern verbessert wird, als sie für Anfragen, die Genehmigungsverfahren, Bewilligungen, etc. betreffen, innerhalb der Stadt EINE Ansprechstelle als eine Art ämterübergreifender Behördenführer vorfinden.

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Verkehrsmaßnahmen Argenotstraße

GR. Mag. **Haßler** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Verkehrssicherheit beschäftigt viele Grazerinnen und Grazer. Auf der einen Seite werden immer wieder Vorschläge von BürgerInnen abgelehnt (z.B. 30er-Zonen) und auf der anderen Seite gibt es offensichtlich Straßenzüge in Graz, wo Maßnahmen umgesetzt werden, von denen viele nur träumen können. Ein besonderes Beispiel ist die Argenotstraße, wo eine ohnehin recht schmale Gasse an mehreren Stellen durch Warn- und Begrenzungsschilder derart eingeengt wurde, dass es immer wieder zu Sachschäden an Fahrzeugen kommt. Nicht nur bei Zulieferern sorgen diese Engstellen für viel Ärger, auch manch PKW-BesitzerIn wurde mit Kratzern am Fahrzeug und

heruntergerissenen Außenspiegeln nachdrücklich daran erinnert, dass diese künstlichen Engstellen nicht zu unterschätzen sind.

Es ist gut, wenn die Sicherheit im Interesse der schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen, und das sind nun einmal die FußgängerInnen, groß geschrieben wird – aber schon die Hälfte der baulichen Maßnahmen, die in der Argenotstraße gesetzt wurden, wären sicher ausreichend, um diese Sicherheit zu gewährleisten – und BewohnerInnen anderer Straßen in Graz wären dankbar, wenn ihnen die anderen 50 Prozent an Sicherheitsmaßnahmen zuteil würden.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Sind Sie bereit, auf die zuständigen Stellen einzuwirken, damit die zum Teil überbordenden Verkehrssicherheitsmaßnahmen in der Argenotstraße entschärft werden und die Warn- und Begrenzungsschilder nicht jeweils beidseitig auf der ohnehin sehr schmalen Straße angebracht werden?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

- 4) Konferenz „Women for Peace“ gegen sexuelle Gewalt an Frauen: Breitere Zugänglichkeit für Veranstaltungen, die von der Stadt Graz subventioniert werden und Einbindung lokaler/regionaler Initiativen**

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Vom 2. bis 3. Juni 2016 fand im Grazer Stefaniensaal die Konferenz „Women for Peace“ gegen sexuelle Gewalt an Frauen statt. Inhaltlich zweifellos eine wichtige und gehaltvolle Veranstaltung mit sehr beeindruckenden ReferentInnen wie u.a. den drei Friedensnobelpreisträgerinnen, Frauen- und Bürgerrechtlerinnen Leymah Gbowee, Rigoberta Menchú Tum, Jody Williams.

Seitens des Bürgermeisteramtes wurde die Veranstaltung mit € 50.000,-- subventioniert. Seitens des Landes (Bedarfszuweisung LH Schützenhöfer) mit noch einmal € 50.000,--. Insgesamt wurden die Kosten laut entsprechenden Stadtsenatsstücken mit € 270.000,-- beziffert.

Inhaltlich war die Veranstaltung, wie ich aus eigener Teilnahme bestätigen kann, allein durch die beeindruckenden ReferentInnen wohl zu einem guten Teil gelungen und die Beschäftigung mit der Menschenrechtsfrage von Gewalt an Frauen notwendiger Gegenstrategien und auf jeden Fall dringend notwendig.

Umso bedauerlicher ist daher die – trotz einer Förderung von € 100.000 durch die öffentliche Hand – leider sehr hohe Eintrittsschwelle in Höhe von € 120,-- Eintrittsgebühr und wohl auch daraus resultierende teilweise sehr geringe Anzahl an TeilnehmerInnen (speziell, sobald die für eigene Projekte hinzugezogenen SchülerInnen nicht mehr anwesend waren).

Diese Eintrittspreisgestaltung und möglicherweise auch zu geringe Einbeziehungen der vorhandenen regionalen Organisationen und AktivistInnen führte dazu, dass diese groß angelegte Menschenrechts-Veranstaltung aus meiner Sicht (und auch nach Rückmeldung einzelner AktivistInnen und teilnehmender Organisationen) nahezu gar nicht für Grazer BürgerInnen, Friedens-, Menschen- und Frauenrechte-AktivistInnen zugänglich war. So wurde zum Beispiel der gesamte zweite Nachmittag inklusive Abschlussdiskussion der drei Nobelpreisträgerinnen vor äußerst schütterem Publikum

abgehalten (nicht einmal 50 TeilnehmerInnen konnten im spärlich besuchten Stefaniensaal gezählt werden).

Im Nachhinein konnte zwar in Erfahrung gebracht werden, dass auf Anfrage die Gebühr auch erlassen werden könnte – doch müssen die Organisationen das eben auch im Vorfeld erfahren. Weiters gab es auch einzelne öffentliche „Zeitslots“ auf Grazer Plätzen, aber eine echte Einbindung interessierter Grazer Bevölkerung und in dem Bereich tätiger Organisationen ist natürlich etwas anderes als ein kurzer „Speakers Corner“ auf einem öffentlichen Platz – speziell in einer damals gerade ziemlich instabilen Wetterlage.

Auch in der Sitzung des Grazer Menschenrechtsbeirats war das dann ja bekanntlich Thema, auch dort wurden Preisgestaltung und zu geringe Einbindung lokaler Initiativen kritisiert und – u.a. von GR Thomas Rajakovics die Frage eines Gratis-Eintritts bei solchen Veranstaltungen angesprochen.

Dies bestärkt mich in meinem Anliegen, dass künftig bei vergleichbaren Veranstaltungen auf breitere Zugänglichkeit geachtet werden sollte, und daher stelle ich Ihnen, Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Welche Möglichkeiten sehen Sie, bei von der Stadt Graz subventionierten Konferenzen oder ähnlichen Veranstaltungen die Teilnahme interessierter Grazer BürgerInnen möglichst niederschwellig zu ermöglichen und eine breite Einbeziehung auf den jeweiligen Gebieten tätiger regionaler und lokaler Initiativen zu erreichen – sei es im Vorfeld durch Gespräche mit den VeranstalterInnen, sei es durch entsprechende Vorgaben bei der Gewährung der städtischen Unterstützung?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Mitwirkung von Frau [REDACTED] bei Projekten der Stadt

GR. **Pacanda** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Von einem Grazer Bürger wurde folgende Anfrage an die Piratenpartei, mit dem Ersuchen, sie an die Stadtregierung weiterzuleiten, gestellt:

A n f r a g e :

An wievielen und welchen Projekten hat Frau [REDACTED] neben z.B. dem Militärflughafenverkauf in Ihrem Auftrag oder als Beauftragte der Stadt noch mitgewirkt?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.